

D. VII, 3, 148 als „Fischbrühe oder ein Gewürz oder ein Getränk“ und kommt zum Ergebniss, es müsse doch eine Flüssigkeit sein. S. 150 übersetzt er garum schlechtweg mit „Brühe“. S. 122 aber lernen wir wieder eine neue Ansicht Dahns kennen: garum „nicht mehr Fischbrühe, sondern ein unbekanntes Gewürz“. Man würde ja auf all diese Kleinigkeiten gar kein grosses Gewicht legen, wenn sie nicht für die ganze Arbeitsweise Dahns so sehr bezeichnend wären.

Heidelberg.

R. His.

L. Stouff, *Étude sur le principe de la personnalité des lois depuis les invasions barbares jusqu'au 12^e Siècle* (Extrait de la Revue bourguignonne de l'enseignement supérieur). Paris, Larose, 1894. 102 S. 8^o.

Die Schrift von Stouff enthält eine gründliche Erörterung der interessanten Frage nach dem Personalitätsprincip in den germanischen Rechten. Leider hat der Verfasser die deutsche Litteratur, besonders die Forschungen Brunners und den inhaltsreichen Aufsatz von K. Schulz (i. d. Z. d. Ver. f. thüring. Gesch. 9, 155) zu wenig verwortheret. Auch die Benutzung veralteter Quellenausgaben kann man ihm mitunter zum Vorwurf machen.

In der Einleitung kommt St., im Gegensatz zu Brunner, zu dem Ergebniss, dass der Grundsatz der Personalität allen germanischen Rechten gemeinsam sei. Die gleiche Ansicht ist neuerdings von Dahn (Könige der Germanen, 7, 3, 10—16) und Schröder (Histor. Zeitschrift ³ 42, 194 ff.) vertreten worden. St. nimmt eine Ausnahmestellung des ostgothischen Italiens an, aber das Edict Theoderichs will ja nur bestimmte Fälle regeln, quae possunt saepe contingere: im Uebrigen lebt jedes Volk nach seinem Recht. Dass für die Ostgothen gothisches Recht galt, beweist der civis Brixianus Stavila vivens secundum legem Gothorum in der bekannten Urkunde von 769: die Ostgothen werden nicht erst nach dem Untergang ihres Reiches angefangen haben, nach ihrem Stammesrecht zu leben. St. kommt dann auf die professiones iuris zu sprechen, versäumt aber hinzuzufügen, dass der Ausdruck nicht quellenmässig ist.

Der erste Theil behandelt die Anwendung des Grundsatzes auf die verschiedenen Personenklassen. Die Kirche lebt bekanntlich nach römischem Recht, die Geistlichkeit nördlich der Alpen nach ihrem Stammesrecht. In Italien schwankt das Verhältniss des Klerus zum Personalitätsprincip hin und her, häufig bekennen sich Geistliche zum römischen Rechte, bis dann im 11. Jahrhundert die Kirche mit ihrem Verlangen nach ausschliesslicher Geltung des römischen Rechtes durchdringt. Nicht stichhaltig ist St.s Behauptung, der italienische Adel habe mit Vorliebe salfränkisches Recht angenommen. Man begreift nicht wohl, warum das salische Recht als das vornehmste hätte gelten sollen, während doch die Könige seit Pipin dem ripuarischen Stamme ange-

hörten. Die Adeligen, die sich für Franken erklären, können sehr wohl die Nachkommen eingewanderter Franken sein. Die Bemerkung Ottos von Freising, auf die St. sich beruft, geht auf das sogenannte salische Gesetz und hat mit dem Volksstamm der Salier nichts zu thun.

Der zweite und umfangreichste Theil des Buches behandelt eine Frage, die streng genommen gar nicht zur Sache gehört: die allmähliche Ausgleichung der Stammesrechte durch gegenseitige Annäherung aneinander. Dabei räumt St. dem römischen Recht eine viel zu grosse Bedeutung ein. Man kann doch nicht sagen, die Lex Ribuaria sei „von römischen Einflüssen beherrscht“ oder das gemeine Civilrecht des fränkischen Reiches sei in der Hauptsache römisch gewesen. Und es ist eine ungeheure Uebertreibung, wenn St. behauptet, die staatsrechtlichen Institute der germanischen Königreiche seien „fast alle römischen Ursprungs“.

Im dritten Theil erörtert St. die Collision der Stammesrechte und bespricht die einzelnen Fälle im Eherecht, Vertragsrecht, Strafrecht und Process. Was das Eherecht angeht, so richtet sich der Muntschatz nach dem Rechte der Frau. Ebenso ist es zu erklären, wenn der Langobarde, der eine fränkische Wittwe heirathet, den Reipus zahlen muss: das ist nicht eine Ausnahmegestimmung, wie St. meint, sondern ein Ausfluss des allgemeinen Princips.

Nicht richtig ist St.'s Behauptung, dass bei Verträgen mit Stammfremden römisches Recht gegolten habe. Ganz unklar aber sind seine Ausführungen über das Strafrecht: Lex Rib. art. 36 beweist nicht, dass sich das Wergeld nach dem Recht des Todtschlägers bestimmte, sondern das Gegentheil. Dagegen richtet sich die peinliche Strafe und die eventuelle Ablösung derselben nach dem Stammesrechte des Thäters. In karolingischer Zeit ist allerdings das Recht des Thäters zuweilen auch für die Busse massgebend (Brunner, RG. I, 262). Im Allgemeinen aber dringt seit dem 9. Jahrhundert der Gedanke von der Geltung der Lex loci siegreich vor.

Heidelberg.

R. His.

E. Huber, Die Bedeutung der Gewere im deutschen Sachenrecht. Festschrift der Berner Universität zur Jubelfeier der Universität Halle. Bern 1894. 84 S. 4^o.

Die Schrift Hubers enthält einen neuen Beitrag zu der so oft schon behandelten Lehre von der Gewere. Sie fusst im Allgemeinen auf den Arbeiten Heuslers, sucht aber die Aufgabe noch tiefer zu erfassen, einen Einblick zu gewinnen in die Werkstatt des rechtserzeugenden Geistes. Ueberall wird die Frage nach dem Warum aufgeworfen: wie kommt es, dass sich die Parteien nur auf die Gewere, nicht auf das Recht berufen; wie kommt es, dass das Gericht nur über die Gewere sein Urtheil fällt u. s. w.

Zunächst behandelt H. die dreifache Wirkung der Gewere: Defensivwirkung, Offensivwirkung und Translativwirkung. Die Offensiv-

Zeitschrift für Rechtsgeschichte. XVIII. Germ. Abth.

13